

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen.

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Bezugspreis monatlich 2.— Mk., durch die Post vierteljährlich 6.— Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen, Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach, Taurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg. Reklamen und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro Zeile mit 1,50 Mk. berechnet. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter 1110 a.

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag: Heinrich Schulze, Bierstadt.

Nr. 114.

Donnerstag den 30. September 1920.

20. Jahrgang.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

Im Weissenfeer Kommunistenprozeß wurden von 24 Angeklagten 17 freigesprochen, die übrigen zu Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis zu 1 Jahre 9 Monaten verurteilt.

Die Ansprüche der Besatzungsbehörden im Rheinland setzen ins Ungeheuerliche. Bis März 1920 beliefen sich die Besatzungskosten auf 7,2 Milliarden Mark.

Nach einer Savasmeldung hat die Völkervereinigung das Austrittsgesuch des Generals Le Rond abgelehnt.

Die Brüsseler Finanzvorschläge gipfeln in der Forderung nach Herabsetzung der öffentlichen Ausgaben und der Einschränkung der Rüstungsausgaben.

Die Nachrichten aus Irland lauten immer bedrohlicher. Die Bombenattentate der Sinnfeiner und Brandstiftungen der Polizei (!) sind an der Tagesordnung.

Winnigs Programm.

Ausgleich der sozialen Gegensätze. — Geschlossenheit nach außen.

Der frühere sozialdemokratische Oberpräsident von Ostpreußen August Winnig legt in seiner neuen Zeitschrift „Morgen“ sein politisches Programm dar, dessen Grundzüge zweifellos das Interesse weiter Kreise finden dürften. Winnig hält die Auffassung, daß wir mit dem Hinweis auf das verletzte Recht eine Revision des Friedens erreichen können, für einen Fehler im amtlichen neudeutschen Denken. Er ist der Ansicht, daß dieser Friede, wenn wir nichts weiter gegen ihn ins Feld führen können, als unser verletztes Rechtsgefühl, ein sehr langweiliges Wesen sein werde, und führt dann weiter aus:

„Wie oft ist mir, wenn ich, der innerpolitischen oder der sozialen Verständigung das Wort redete, das Verdacht worden! Wie oft hat man mir bewiesen wollen, daß hier nur durch Kampf, durch Sieg oder Niederlage, die Entscheidung kommen könne — obwohl die Praxis tausendfach das Gegenteil beweist! Die gleichen Personen aber, die eine Verständigungspolitik im Innern für himmelblauen Unsinn erklärten, glaubten an die Möglichkeit einer Verständigung über die ungleich größeren Gegensätze in den außerpolitischen Fragen. Im Streit der Klassen und Parteien nur Kampf bis zum Weißenblut — im Streit der Völker schmerzhafter Verständigungswille: das ist die geistige Krankheit des vorurteilsmäßigen Neudeutschen.“

Ich wende die Fahne und sage: Wir müssen dem inneren Frieden allerseits die größten Opfer bringen, um im Frieden jene Kraft anzusammeln, ohne die wir eine befriedigende Lösung der außenpolitischen Fragen nicht erreichen können.“

Die Ueberbrückung der sozialen Gegensätze ist nach seiner Meinung durchaus möglich. Der deutsche Arbeitgeber und der deutsche Arbeiter ständen sich heute bedeutend näher als dies etwa zwischen dem deutschen und dem französischen Arbeiter der Fall ist. Ob der Mahnruf Winnigs in den Kreisen der deutschen Arbeiterschaft gehört werden wird? Große Hoffnungen darf man sich nicht machen. Uns Deutschen fehlt eben das Rationalbewußtsein, das Vertrauen auf die eigene Kraft, das unseren ehemaligen Gegnern im Weltkrieg den Endsieg über uns ermöglicht hat.

Ausfagung der Rheinlande.

Die Milliardenansgaben für die Besatzung. — Ungeheuerliche Ansprüche der Besatzungsbehörden.

Vor einigen Tagen hat der Reichsfinanzminister die Kosten für die zahlreichen Entente-Kommissionen in Deutschland und das Besatzungsheer im Rheinland auf nahezu 15 Milliarden Mark bis zum März 1921 veranschlagt. Die Ausgaben werden jedoch bedeutend höher anwachsen, da die belgischen und französischen Besatzungstruppen von Tag zu Tag neue ungeheuerliche Ansprüche erheben, wodurch der Reichschat eine viel größere Belastung erfahren dürfte, als sich heute übersehen läßt.

Bis zum März 1920 allein betrugen nach einer amtlichen Erklärung im französischen Senat die Besatzungskosten im Rheinland 1,8 Milliarden Frank (in deutschem Gelde über 7 Milliarden Mark). Davon sind von Deutschland bis Ende Juli etwa 1.400.000 Mark bezahlt worden. Jedoch handelt es sich bei der letzten Summe nur um die baren Geldleistungen, die bis jetzt an die französische Besatzungsarmee gezahlt werden mußten. Der Wert der für die Besatzungstruppen geleisteten Sachleistungen ist noch gar nicht zu schätzen. Allein durch die

Requisitionen

der Besatzungstruppen dürfte ein Kostenaufwand von mindestens 6 Milliarden Mark verursacht worden sein. So wurde z. B. in der Nähe von Kaiserslautern

in der Weidenplatz ein Waldgelände von 600 Hektar als Munitionsdepot beschlagnahmt, deren Gesamtkosten mindestens 110 Millionen Mark betragen, sowie eine große Benzintankanlage, deren Errichtung von Deutschland gefordert wird, was weitere 40 Millionen beanspruchen würde. Beide Anlagen sind für die Versorgung einer Millionenarmee ausreichend.

Auf der Gemarkung Euren-Jewen bei Trier planen die Franzosen ferner den Bau einer Feldbäckerei, die täglich zunächst 100.000, später 200.000 Brote, also den Tagesbedarf für 200.000 bzw. 400.000 Mann herstellen soll; dazu einen Neigungsplatz für die Eisenbahnturbinen, dessen Bau bereits begonnen hat. Hierzu werden nach anderen Mitteilungen 300 Morgen fruchtbares Ackerlandes, fast durchweg Kleinbesitz, beansprucht. Die Höhe der Kosten, die hierdurch dem Reich aufgebürdet werden sollen, ist noch nicht überschätzbar.

Die alten deutschen Flugplätze im besetzten Gebiet reichen den Franzosen und Belgiern nicht aus. Sie haben angeblich als Reservestützpunkte für den Mobilisationsfall wertvolle Ackerelände in vollem Umfang beschlagnahmt. Die Belgier bei Düren 140 Hektar, bei Zimmern und Brummen 175 Hektar, bei Aldenhoven 50 Hektar, bei Odenkirchen 180 Hektar. Die Franzosen bei Euskirchen und Neißheim 75 Hektar, bei Sombach (Pfalz) 85 Hektar, bei Margheim 93 Hektar und bei Naderheim und Niederringelheim 200 Hektar.

800 Hektar Ackerelände beschlagnahmt.

Der Ernteeinbruch, der durch die Beschlagnahmung von insgesamt 800 Hektar besten Ackerlandes erwächst, und der schweren Schäden für die meist Kleinbäuerlichen Grundbesitzer angesichts der Verschönerung ihrer Wirtschaft im Gefolge hat, findet bei den französischen und belgischen Militärbehörden keinerlei Verständnis. Der geldliche Schaden, den das Reich außerdem zu tragen haben wird, ist zurzeit überhaupt nicht zu schätzen. Die Belgier fordern weiter die Errichtung von vier großen Truppenlagern bei Neuß, Derdt, Rheinfeld und Nevelen, deren Bau über 47 Millionen kosten wird. Dazu kommen noch die Millionenansgaben für die Beschaffung von Unterkunft für das Besatzungsheer, für die Errichtung neuer Kasernen und die Ausstattung der Offiziersmessien und Quartiere.

Es bedarf angesichts der finanziellen Lage des Deutschen Reiches keiner Antwort auf die Frage, wie Deutschland neben diesen lediglich französischen und belgischen Heeresmächten die enormen ungeheuren Besatzungskosten eine Wiedergutmachung leisten soll. Wohl aber darf Deutschland eine Antwort auf die Frage erwarten, ob diese gewaltigen militärischen Aufwendungen wirklich nur für Zwecke einer Friedensbesetzung, wie sie der Vertrag von Versailles vorseht, erforderlich sind.

Im Oberschlesien.

Ein Hilferuf des allgemeinen Gewerkschaftsbundes.

Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund hat an den Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam einen Appell gerichtet, der zur Hilfe für Oberschlesien auffordert. Es wird darin hervorgehoben, daß infolge der großpolnischen Hege in Oberschlesien der blutige und gewalttätige Terror herrsche. Tausende von Arbeitern würden aus dem Lande vertrieben, viele, die arbeiten wollten, würden mit Gewalt an der Arbeit verhindert. Vereinbarungen, die zwischen Deutschen und Polen getroffen seien, seien von den Polen nicht gehalten. Nichts werde bisher gegen die Mäurer und Mörder unternommen. Das französische Militär sympathisiere mit den polnischen Aufständischen, die friedliche Bevölkerung könne nirgends Schutz finden. Der Vorstand des internationalen Gewerkschaftsbundes wird deshalb gebeten, die nötigen Schritte bei den Mächten, die die Besetzung Oberschlesiens vollzogen haben, zur Beseitigung dieser entsetzlichen Zustände zu unternehmen und besonders den Allgemeinen Arbeiterverband in Frankreich zu veranlassen, daß er auf die französische Regierung dahin einwirke, daß der französische Oberbefehlshaber Recht und Gerechtigkeit walten lasse und mit der nötigen Energie den polnischen Aufständischen entgegen trete.

Die Frage der Autonomie Oberschlesiens.

Wie die preussische Staatsregierung mittelst, befindet sie sich in der Autonomiefrage im vollen Einverständnis mit der Reichsregierung. Sie stehe loyal auf dem Boden des Artikels 18 der Reichsverfassung. Sollte die Bevölkerung Oberschlesiens auf dem in diesem Artikel vorgesehenen Wege die Forderung nach Autonomie erheben, so wird die preussische Staatsregierung dem nichts in den Weg legen, von sich aus aber kann die preussische Staatsregierung in dieser Angelegenheit nichts unternehmen: sie hat auch noch

nicht die Gewissheit, daß die oberpolnische Bevölkung in ihrer Gesamtheit die Autonomie fordert.

Die Autonomie Oberschlesiens ist dieser Tage sowohl auf dem Parteitag der ober-schlesischen Demokraten, wie auch in einer Vertrauensmännerversammlung im ober-schlesischen Zentrum erörtert worden. Der demokratische Parteitag nahm eine Entschließung an, in der die Gewährung der bundesstaatlichen Autonomie im Rahmen des Deutschen Reiches als die gegebene Lösung der ober-schlesischen Frage bezeichnet wird. Das ober-schlesische Zentrum stellte eine Anzahl von Zeitfragen auf, in denen die Selbstständigkeit im Rahmen der deutschen Reichseinheit für Oberschlesien als notwendig bezeichnet wird.

General Le Rond kehrt nach Oberschlesien zurück.

Savas meldet, daß die Demission des Vorsitzenden der Interalliierten Kommission für Oberschlesien General Le Rond, der vor einigen Tagen zur Berichterstattung vor die Völkervereinigung nach Paris berufen wurde, zurückgewiesen worden sei. Le Rond werde Mitte dieser Woche nach Oberschlesien zurückkehren.

Die Brüsseler Finanzvorschläge.

Sparsamkeit und Erhöhung der Einnahmen.

Wenn die weiteren Verhandlungen der Brüsseler Konferenz nicht mehr halten, als der erste Tag der großen Aussprache versprochen hat, so wird die Bereicherung unseres Wissens über das, was die Zukunft in finanzieller Hinsicht uns bringen kann, nicht sehr groß sein. Der Grundton dieser Neben war Sparsamkeit und Erhöhung der Einnahmen. Das haben wir wohl alle schon vorher gewußt. Aber mit solchen normalen und naheliegenden Mitteln ist doch nur unter normalen Verhältnissen etwas zu erreichen. Wie aber soll das deutsche Volk sparen, wenn ihm durch die wichtigsten Bestimmungen des Friedensvertrages die Möglichkeit zu verdienen genommen wird.

Der Vizepräsident der Brüsseler Konferenz, der englische Delegierte Brand, hat erklärt, der Staat dürfe sich vor allen Dingen keine unproduktiven Ausgaben leisten, und zu diesen unproduktiven Ausgaben hat er die Arbeitslosenunterstützung sowie die staatlichen Zuschüsse zur Verbilligung eingeführter Lebensmittel und Rohstoffe gerechnet. Das ist leicht gesagt von dem Vertreter eines Landes, das, wie England, von den furchtbaren Folgen des Krieges das geringste Maß zu tragen hat. Er soll uns aber einmal erklären, von welchen Mitteln wir die Hunderttausende der Arbeitslosen ernähren sollen, da doch England und seine Alliierten dafür gesorgt haben, daß die Arbeitslosigkeit in unserem Lande eine zunehmende und leider wahrscheinlich dauernde Einrichtung sein wird.

Deutschland soll seine Hilfsquellen der Allgemeinheit zur Verfügung stellen.

Im ersten Augenblick klingt es unseren Ohren auch durchaus angenehm, wenn er erklärt, die Staaten dürften ihre Hilfsmittel nicht für sich und ihre Völker allein beanspruchen wollen, sondern sie müßten sie der Allgemeinheit der Nationen zur Verfügung stellen. Wer aber den Sinn dieser und ähnlicher Worte auf den Grund geht, kann sich des Verdachtes nicht erwehren, daß immer wieder letzten Endes Deutschland als dasjenige Land gemeint ist, das seine Hilfsquellen der Allgemeinheit zur Verfügung stellen soll.

Wir können den Herren von der Brüsseler Finanzkonferenz verraten, daß der beste Weg, die Finanzen Europas der Gesundung zuzuführen, der ist, das deutsche Volk wieder in den vollen Besitz seiner Hilfsmittel und seiner Arbeitskraft zu setzen. Wie die Dinge liegen, gibt es keine bessere Kapitalanlage für die europäische Welt, als die Finanzierung der deutschen Arbeit.

Zur Verringerung der Ausgaben empfiehlt der Engländer Brand u. a. hauptsächlich die Einschränkung der militärischen Ausgaben, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß sie im Einklang mit allen Regierungen zustande komme. Ferner rät er den Regierungen, sich allen solchen sozialen Maßnahmen zu widersetzen, die, wie z. B. die Sozialisierung, die Lage nur verschlimmern könnten. Der Redner wünschte im Interesse der europäischen Finanzen auch die möglichst rasche erfolgreiche Aufhebung aller Beschränkungen der Handelsbeziehungen zwischen den Nationen.

Amerika gegen harte Zahlungsbedingungen.

Der amerikanische Delegierte der Finanzkonferenz in Brüssel wurde nach einer Meldung der „Deutschen Allg. Ztg.“ von seiner Regierung beauftragt, die Entente-Delegierten von der Abfertigung der ame-

crantmen Regierung zu verhandigen, daß die par-
ren Zahlungsbedingungen, die Deutschland
auferlegt wurden, wesentlich erleichtert wer-
den sollen. Die traurige Lage der deutschen Wäh-
rung mache es Deutschland unmöglich, die Kriegsschä-
digung zu zahlen, es sei denn in Form von
Waren. Die amerikanische Regierung empfiehlt des-
halb, irgendeine Art dieses Tauschhandels-
systems, auf Grund dessen Ganz- und Halbfabrikate
als Zahlung für Rohstoffe benutzt und angenommen
werden sollen. Ein solches Budget werde Deutschland
handelsfähig machen, dem Ausland helfen und seine
finanzielle Lage wesentlich verbessern.

Der frühere amerikanische Lebensmitteldirektor
Hoover ist in Brüssel eingetroffen, um an der Finanz-
konferenz teilzunehmen.

Die Kommissionen in Brüssel.

Der Berichterstatter des „Petit Journal“ meldet,
daß in Brüssel fünf Kommissionen gebildet werden
sollen, die sich beschäftigen werden 1. mit der Ver-
gleichung der Finanzbilanz der verschiedenen Staaten,
2. mit der Münzfrage, 3. mit den Mitteln zur Vermin-
derung der Ausgaben, 4. mit internationalen Anleihen
und Krediten, 5. mit Mitteln zur Erleichterung des
internationalen Handels.

Das Urteil im Kommunisten- prozeß.

— Berlin, 28. September.

Der Hauptangeklagte zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis
verurteilt.

Im Weissenhof-Kommunistenprozeß wurde heute
vormittag das Urteil gefällt. Der Hauptangeklagte Mi-
chaelis wurde danach wegen Teilnahme an einem
militärischen Verband zu einer Gefängnisstrafe in Höhe
von einem Jahr und neun Monaten verurteilt.

Gegen die übrigen Angeklagten verhängte das Ge-
richt Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis
zu einem Jahr. Ein Teil der Untersuchungsfrist wurde
den Angeklagten angerechnet. Alle diejenigen, die nur
durch den Angeklagten Haft bestraft wurden, ferner
drei Angeklagte, an deren Zurechnungsfähigkeit begrün-
dete Zweifel vorlagen, wurden freigesprochen.

In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, daß
hier offensichtlich militärische Dinge zur Aburteil-
ung standen. Es sei zwar nicht nachgewiesen, daß
ein Zusammenhang der Weissenhof-Kommunistischen
Kampforganisation mit der kommunistischen
Arbeiterpartei Deutschlands (K. A. P. D.) bestanden
hätte, dafür fehle der Beweis. Kein Zweifel aber
kann darüber bestehen, daß hier

ein militärischer Verband

in Frage stand. Er war eingeteilt in militärische For-
mationen, Züge, Gruppen usw. Er stand unter ein-
heitlicher Führung und hielt militärische Übungen ab,
u. B. Handgranatenwerfen.

Das Schießen auf der Rennbahn ist offenbar
auch von der K. A. P. D. veranstaltet worden. Militärische
Übungen stellten auch die Märsche dar, die unternom-
men worden sind. Vor allen Dingen aber sind die
Angeklagten am Abend des 19. August, an dem die
Mitglieder der K. A. P. D. von einer Polizeistreife bei der
Aushebung eines Waffenlagers in Weissenhof überrascht
wurden, vollkommen militärisch organisiert vorgegan-
gen, indem sie sich sogar Radfahrerpatrouillen
bedienten.

Das Gericht nimmt also bei den Angeklagten die
Teilnahme an einem militärischen Verband an. Die
Verhandlung hat nichts dafür ergeben, daß in dieser
Sache etwa Vordiplomist tätig gewesen wären. Aus der
weiteren Urteilsbegründung geht hervor, daß der Haupt-
schuldige Michaelis vom Gericht als Führer und
Seele des ganzen Unternehmens angesehen worden ist.

Der Herr von Zimmer Nr. 19.

Kriminalroman von Walter Frand.

35] (Nachdruck verboten.)
Ob die Aussicht auf den zu erwartenden Besuch
von zahlreichen vornehmen Gästen Herrn Allmers be-
sonders günstig gestimmt hatte, oder ob ihm der ver-
meintliche Affessor so gut gefiel, genug, er lud ihn ein,
Platz zu nehmen und ein Glas Wein mit zu trinken.
So geschah es denn auch, und Lissi blühte auf wie eine
Rose. Sie tanzte auch noch ein, zwei Male, und Herr
Leo Allmers sagte befriedigt zu seiner Ehegattin: „Gott
sei Dank! Ich denke doch, dieser nette Affessor hat in
Lissis Kopf die Erinnerung an diesen Kriminalkom-
missar, den Herrn Fritz, aus dem Felde geschlagen. Ich
sagte es ja, es war von dem Mädel pure Einbildung,
sich für diesen Polizeimann so ins Zeug zu legen.
Für jede kommt mal der rechte Mann. Wenn Lissi
dir etwas von dem Affessor sagt, werde ich mich über
seine Verhältnisse informieren.“

Der Tanz war zu Ende, und ein kleines Singpiel
von ersten Künstlern dargestellt, sollte eine neue Ein-
lage des Festes und eine Ueberraschung für die Gäste
bilden. Völlhardt hat die Eltern seiner Tante, ihm
zu gestatten, sie in den Aufführungsraum geleiten zu
dürfen, und die Bitte wurde gern gewährt. Ohne seine
amtliche Karte wäre es Völlhardt auch wohl unmöglich
gewesen, Lissi in den Kreis der ersten Persönlichkeiten,
für welche die Vorstellung zunächst stattfand, führen zu
dürfen. Das junge Mädchen war glücklich, unter diesen
reichgeschmückten Damen von Rang und Stand Platz
nehmen zu dürfen, wenn sie es auch nicht an kleinen
Wohlfühlen über die mit aller Gewalt jung sein wollen-
den Damen fehlen ließ, die selbst als Fünzigjährige von
als Sechzigjährige sich noch wie ein junges Ding von
25 Jahren kleideten. Besonders fiel auch die corpulente
Donna Theresia Gonzalez ihren losen Spottereien zum
Opfer, denn die Schminke auf den Wangen der Brasi-
lianerin begann sich in der Hitze aufzulösen.

Die gute Laune des Publikums war auf das höchste
gestiegen, als Fritz Völlhardt plötzlich zusammenzuckte.
Er hörte hinter sich einen eleganten Herrn mit einigen
Ordensbändern im Knopfloch flüstern: „Der Marquis
hat noch einen großen Trick in petto. Es kann jeden

Politische Rundschau.

— Berlin, den 28. September 1920.

— Für Ende dieser Woche ist eine Reichsverkehrs-
konferenz durch den Reichsverkehrsminister nach Würz-
burg einberufen worden, die sich mit der allgemeinen Ver-
kehrslage im Reich beschäftigen wird.

— Der Votschaster v. Beerenberg-Göpler ist zur
Übernahme seines Postens nach Rom abgereist.

— Die Sozialdemokratische Partei zählt jetzt 1180 208
Mitglieder, 168 000 mehr als im Vorjahre.

„: „Baldige“ Aufnahme Deutschlands in den Völ-
kerbund? Aus London wird gemeldet: In einer Unter-
redung mit dem Vertreter der „New Sun“ erklärte der
amerikanische Votschaster David, daß in Kürze Deutsch-
land, Oesterreich und Ungarn in den Völkerbund auf-
genommen werden würden. — In Frankreich will man
vorläufig von einer Gleichberechtigung der Deutschen
im Völkerbund nichts wissen. Wir können daher eine
baldige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund kaum
erwarten.

„: „Noch über Deutschlands Lage. Der Oberprä-
sident der Provinz Hannover, der frühere Reichswehr-
minister Noske, stattete den Unterweserorten einen Be-
such ab. Vor seinen Parteifreunden hielt er eine Rede
über die politische Lage, in der er u. a. hervorhob:
Im Augenblick in die jetzt rein bürgerliche Regierung
einzutreten, liegt für die Mehrheitssozialisten kein An-
laß vor. Die Unabhängigen haben auf die gegenwärtige
Regierung lange nicht so geschimpft, als auf diejenige
in der die Mehrheitssozialdemokraten vertreten waren.
Wenn die gegenwärtige Regierung gestürzt wird, ent-
steht die Frage, was dann kommt. Eine Regierungs-
übernahme durch die Sozialdemokratie ist bei dem Ver-
fall der Unabhängigen Sozialdemokratie ebenso aus-
geschlossen, wie mit dem Zentrum und den Demokraten
zusammen. Eine Übernahme mit den Nationalen ist
gleichfalls ausgeschlossen; infolgedessen müssen wir die
Zeit reifer werden lassen, um dann an Neuwahlen
zu denken.“

Rundschau im Auslande.

„: Die Tiroler Blätter bringen an leitender Stelle
Meldungen über die vollzogene Amelktion Südtirols. Die
Meldungen sind mit Trauerrand versehen. Die Stadt
Innsbruck ist zum Reichen der Trauer schwarz beflaggt.

„: Nach einem Telegramm aus Helsingfors ist die deutsche
Kommunistenführerin Klara Zetkin in Moskau einge-
troffen.

„: Wie „Daily Mail“ aus Allahabad meldet, haben die
bolshewistischen Truppen die Truppen des Emirs von Wa-
hara geschlagen und sich der Hauptstadt bemächtigt, die
sie plünderten.

Frankreich: Ein Kriegsrat in Mex.

„: Die „Telegraphen-Union“ erfährt von besonderer,
mit amtlichen amerikanischen Stellen in engen Beziehungen
stehender Seite daß vor einigen Tagen in Mex unter dem
Vorherrschaft von Fach eine Art Kriegsrat, getagt habe. Hoch
habe dort betont, die Sicherheit Frankreichs verlange unter
allen Umständen die baldige Beilegung des Ruhe-
reviers. Größere Truppenverbände seien zu diesem Zweck
nicht erforderlich. Es genüge, wenn eine Anzahl Panzer-
wagen mit dem nötigen technisch geschulten Personal an
die verschiedenen zu belegenden Plätze entsandt würden.
Diesen würde u. a. auch die Aufgabe zufallen, eine groß-
artige Industriekampagne in dem besetzten Gebiete
zu organisieren. Insbesondere gegen die Firma Krupp. Be-
zügliche Transporte mit Munition und Abwehrmittel seien nach
den Depots in der belgischen Zone des besetzten Gebietes
abgegangen.

Italien: Um ein Bild Lenins.

„: 40 Angehörige des Bundes ehemaliger Frontkämpfer
drangen in Triest an Bord des Hochseeschiffes „Prinz Hohen-
lohe“ und zerrissen, nachdem sie sich mit Revolvern Zutritt
in die Schiffsräume der Matrosen verschafft hatten, ein
Bild Lenins. Die Matrosen waren gegenüber der Ueber-
macht zu schwach. Eine ähnliche Episode spielte sich an
Bord des Hochseeschiffes „Thalia“ ab. Zum Protest legten
die Matrosen die Arbeit nieder und mehrere Dampfer konn-
ten nicht ausreisen. An Bord lag es zwischen Sozialisten

Augenblick losgehen. Passen Sie auf, das gibt einen
Hauptstoß. Und eine Kissenbombe!“

Der junge Beamte dachte daran, was er von Brandt
über den „Marquis“ genannten, schon lange gesuchten
gefährlichen Hochstapler gehört hatte und entschloß sich,
schnell zu handeln. Er wollte aufspringen, den Sprecher
verhaften, mit auf den Korridor hinaus zu kommen,
und ihn dort kurzer Hand verhaften, als das elektrische
Licht im Zuschauerraum und auf der Bühne erlosch.

Ein lautes Aufstöhnen durchschüttelte die Zuhörer,
aber es war weniger ein Ruf der Angst, als des höchsten
Amusements. Alle die Herrschaften, die hier anwesend
waren, hatten es wohl schon irgendwo erlebt, daß die
elektrische Beleuchtung versagte, und sie warteten also
lachend, daß die Beleuchtung in der nächsten Minute
wieder eingeschaltet oder doch eine Notlampe entzündet
würde.

Auch Völlhardt, der bei dem Eintritt der Finsternis
fühlte, wie sich Lissis Finger um seine rechte Hand
klammerten, hatte mit einer baldigen Wiederbeleuchtung
gerechnet, öffnete aber sofort die zwei Schritte von
ihm befindliche Korridortür, um durch diese Licht hin-
ein zu lassen und zu verhindern, daß die verdächtigen
Persönlichkeiten hinter ihnen, die von dem „Marquis“
gesprochen hatten, verschwinden. Aber auch draußen
herrschte vollständiges Dunkel, und es erklangen von
allen Seiten Fragen, was denn eigentlich passiert sei.
Das ganze Gebäude, oder doch der größte Teil desselben,
war in vollständige Nacht gefüllt.

Und jetzt wurde auch das Rufen und Schreien lauter
und immer lauter. Neugierige Personen, die von den
Sprachheulen des Beines registriert wurden, begannen
allerlei Mollotria zu treiben, ohne die Gefahr einer
Panik, die damit heraufbeschworen wurde, zu er-
kennen. Noch einige Minuten so weiter, und wer weiß,
was geschehen wäre. Vielleicht Furchterliches!

Da erhob Völlhardt seinen Warnruf. „Besonnen-
heit und Ruhe, meine Herrschaften. Im nächsten Augen-
blick müssen auch hier die Sicherheitslampen brennen.
In den übrigen Räumen funktionieren sie bereits. Jede
Unruhe führt zum Unglück!“

Seine Worte wirkten. Es klammerten nun eine An-
zahl Händhölzer auf, die eifrige Ränder bei sich führ-
ten, und in ihrem Schein drängten sich die Zuschauer

und Polizei zu einem dringenden Zusammenstoß, wobei ein
Polizist getötet und mehrere Sozialisten verletzt wurden.

Rußland: Mißerfolge an allen Fronten.

„: Nach einem Telegramm aus Sebastopol hat General
Wrangel die Bolschewisten nördlich von Alexandropol
angegriffen. Die Kavallerie Wrangels hat den Dnepr
in der Gegend von Khostja überschritten. Drei Städte in
den Departements von Kowno und Zetserinow sind
besetzt. Mehrere bolschewistische Heeresabteilungen haben
kapituliert. — Auch an der polnischen Front haben
die Bolschewisten an allen Stellen empfindliche Mißerfolge
zu verzeichnen. In Galizien östlich Tarnopol wird heftig
gekämpft. Zum Angriff auf Kowno in Polhruen bereits
geschickte bolschewistische Truppen wurden von den Polen
gezwungen. Im Karime östlich Prashan haben die Polen
die Erie Kartuslaja und Koschah besetzt. Die Verfolgung
der Bolschewisten nördlich des Njemen dauert an.

England: Ruffischer Protest gegen die Ausweisung
Lamenews.

„: Die Ausweisung des russischen Handelsdelegierten und
Botschaftsattachés Lamenews aus London hat in Mos-
kau große Entrüstung hervorgerufen. Der Außenminister
Tschicherin ließ sofort eine drahllose Nachricht nach London
übermitteln, in der er erklärte, daß die Sowjetregierung
in dieser Maßnahme den Versuch sieht, um jeden Preis den
Abschluß eines Übereinkommens zwischen England und Ruß-
land zu vermeiden und die Wiederaufnahme der friedlichen
Beziehungen zwischen England und Rußland auf unbes-
timmte Zeit unmöglich zu machen. Die Erklärung klingt aus
in einem scharfen Protest gegen die unwürdige Behand-
lung der Bolschewistendelegierten und macht England ver-
antwortlich für das Scheitern der Verhandlungen. — Von
einem Abbruch der Beziehungen kann keine Rede sein.
Ein Ersuchen für den ausgewiesenen Lamenews ist bereits
unterwegs und wird in kürzester Frist zur Weiterführung
der Unterhandlungen in London eintreffen. England ist
umso mehr an der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Be-
ziehungen mit Rußland interessiert, als Amerika augen-
blicklich die größten Anstrengungen macht, sich den russischen
Abzugsmarkt zu sichern. Der New Yorker Finanzmann Ban-
derbilt weist kurzzeitig als Vertreter großer amerikanischer
Handelsinteressen in Moskau, wo er mit dem Bots-
chaftsattaché der Sowjetregierung verhandelt. Die Amerikaner
haben es verstanden, durch die Wiederbelebung des deutsch-
amerikanischen Schiffsverkehrs den englischen Handel aus
Deutschland zurückzudrängen, es wäre daher kein Wunder,
wenn sie auch in Rußland den Engländern zuvorkämen und
den russischen Markt für den amerikanischen Exporthandel
gewinnen würden.

Spanien: Verurteilung eines spanischen Gelehrten.

„: Ein sensationeller Prozeß ist, wie die spanischen Blät-
ter melden, dieser Tage in Madrid zur Entscheidung gekom-
men. Wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch
Veröffentlichung eines Artikels in einer Zeitung von Ba-
encela, der Botschaft und ehemalige Rektor der Univer-
sität Salamanca. Don Miguel de Unamuno, der im spani-
schen geistlichen Geistesleben eine hervorragende Rolle
spielt, zu 16 Jahren Gefängnis rechtskräftig verurteilt wor-
den. Der Gelehrte hat in den letzten Jahren eine unabhän-
gige, scharfe Kritik gegen König Alfons geführt, die
hauptsächlich in dem jetzigen Majestätsbeleidigungsprozeß mit
einer exorbitant hohen Strafe bestraft.

Amerika: Bolschewistische Propagandageister
für Amerika.

„: Die „Chicago Tribune“ meldet: Der frühere russische
Sekretär Schachbach wurde in Chicago vor Gericht ver-
urteilt. Es wurde aus den bei ihm beschlagnahmten
Papieren festgestellt, daß die Moskauer Regierung
mit etwa 50 000 amerikanischen Radikalen Beziehungen un-
terhalten hat, und daß von Moskau aus riesige Geld-
summen zu Propagandazwecken nach Amerika geschickt
worden sind. Wie aus den Papieren hervorgeht, sind allein
50 000 Dollars nach Chicago geschickt worden.

Der englisch-irische Krieg.

Sinnfeiner Attentate und Polizeirache.

Die Nachrichten aus Irland klingen wie die Front-
berichte aus kleinen Kriegen. Wenn es auch keine eigent-
liche Front gibt, herrscht doch eine Art Guerillakrieg
in ganz Irland. Auf die verbrecherischen Anschläge
der Sinnfeiner folgen seit einer Woche regelmäßig Ver-
geltungsmaßnahmen und Racheakte der Polizei und
der Konstabler. Keine der beiden Parteien kümmert
sich um Gesetz oder Autorität der Regierung. Sonntag
nachmittag fand in Carr eine heftige Zusammenkunft

aus den Stuhlreihen langsam bis zu dem Gang an die
Tür. Mehrere Türen standen offen. Völlhardt sah sich
nach den verdächtigen Personen hinter sich um, sie waren
verschwunden.

Er hieberte. Dieses plötzliche Erlöschen der Be-
leuchtung, das war also der Trick gewesen, den der
„Marquis“ beabsichtigt hatte. Was mochte alles wäh-
rend der Minuten langen Dunkelheit geschehen sein?
Zum Glück schien doch eine Verlegung von Menschen
verhütet zu sein, da die Ordnung doch im großen und
ganzen aufrecht erhalten war. Aber was die gewissen-
losen Hochstapler gegen das Eigentum der feillich ge-
schmückten Gäste getrieben hatten, das war doch nicht
zu übersehen.

Jetzt brannten überall die Notlampen, und zugleich
erfolgte die Verkündigung, der Kurzschluß, der die Ver-
finsternis verursacht hatte, werde in einer Viertelstunde
beseitigt sein. Das gelang auch, aber einer Anzahl der
Gäste war die Festschneide geschmälert worden, und sie
traten den Heimweg an.

Und wie es in solchen Fällen in der Regel ergeht,
so folgten den ersten Fortgüglern bald andere; das Fest,
das bis zum nächsten Morgen hatte andauern sollen,
erreichte ein vorzeitiges Ende. Vielen Besuchern kam
noch der nähelegende Gedanke, welches Unglück hätte
entstehen können, wenn eine Panik ausgebrochen wäre.

Der nächste Tag war ein Sonntag. Klara Brandt
bereitete für sich und ihren Vater, der zeitig aus der
Polizeidirektion heimzukehren versprochen hatte, das
Mittagessen. Denn das ließ sie sich an denjenigen Tagen,
an welchen sie selbst dienstfrei war, nicht nehmen. Waren
ihre Küchenkenntnisse auch nie umfangreich ausgeübt
worden, die häuslichen Lieblingsgerichte verstand sie
ausgezeichnet zuzubereiten. Heute war Karpfen in Bier
an der Reihe.

Sie summierte eine Tanzmelodie vor sich hin und
dachte über den verflochtenen buntbewegten Abend nach.
Er war trotz der Störung mit dem Verfall der elek-
trischen Beleuchtung doch recht nett gewesen. Und mit
einem kleinen Vageln der Eitelkeit gestand sie sich ein,
daß ihr erstes Erscheinen als Braut in der Öffentlichkeit
Effekt gemacht habe. Ihr Bräutigam hatte es vor-
trefflich verstanden, sie Beide zur Geltung zu bringen.
(Fortsetzung folgt.)

tion statt, durch die ein großes Warenlager vernichtet wurde. Am Montag wurden die Polizeifasern zu einem in der Nähe Dublins von den Sinnenfeinern überfallen und vollkommen niedergebrannt. Daraufhin rückte die Polizei aus und brannte, um Verhinderung zu üben, vierzig Häuser nieder. Aus allen Richtungen wurde wahllos geschossen, wobei zwei Menschen verwundet wurden. In Belfast fanden in der letzten Woche blutige Kämpfe statt, auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete. Der Fanatismus der Bevölkerung ist außerordentlich groß.

Die Gräfin Markiewicz, die nach dem „Oster-aufstand“ des Jahres 1906 zum Tode verurteilt, dann freigelassen und von den Sinnenfeinern zum Mitglied des Unterhauses gewählt worden war, ist in Dublin erneut verhaftet worden.

46 Tage Hungerstreik.

Inzwischen sehen die Gefangenen in Cork ihren Hungerstreik fort; der Lordmajor hat den 46. Tag seines Hungerstreiks angetreten. Er wurde auf Befehl des englischen Ministers des Innern aus dem Kranken- hause nach dem Gefängnis übergeführt. Mit Ausnahme der Gefängnisärzte und Krankenschwestern wird niemand zu ihm gelassen.

Aus Stadt und Land.

„**Er mordung einer sozialistischen Abgeordneten.** Auf ihrer kleinen Besitzung Schilfhorren bei Syd in Ostpreußen, ist die sozialdemokratische Abgeordnete Frau Therese Eschholz, die auch Mitglied der National- versammlung war, im Bett ermordet aufgefunden worden. Der Kopf war mit einem Beil ge- spalten. Das Bett war mit Petroleum übergossen und angezündet. Ihr Gesicht und Oberkörper war damit verkohlt. Als Täterin wurde, der „Berl. Ztg. am Montag“ zufolge, eine frühere Oberlehrerin des Gymnasiums aus Syd, ein Brautlein Thiele ermittelt, das in dem Zimmer neben der Getöteten wohnte. An dem Wassereimer und der Waschkübel in ihrem Zimmer befanden sich Blutspritzer und Haare der Ermordeten. Die Thiele bestreitet die Tat und gibt an, daß eine Lampenexplosion vorliegt. Nachträglich wurde hinter ihrem Holzkloß ein blutbeflecktes Beil gefunden. Die Thiele ist als nicht ganz zurechnungsfähig in Syd bekannt.

„**Das Schicksal des schwedischen Niesensfloßes.** Das zwischen der Insel Neuwerk und Cuxhaven voll- ständig auseinandergerissene Niesensfloß zieht zum gro- ßen Teil weit in die Meere hinaus. Der Hauptteil des Floßes ist bei Cuxhaven in Sicherheit gebracht worden. Die Schiffsahrt sieht noch fortwährend auf Baumstämme. Die schleswighischen Küstenfischer haben bei ihrer Jagd auf die Floßteile Hunderte von Stämmen geborgen. Da ihre Ungehörigkeit zu dem Niesensfloß nicht nach- weisen ist, da die Stämme nicht gezeichnet sind, werden sie zunächst als „Strandgut“ behalten. Die Abführung koste dem Besitzer des Floßes große Geldsummen ko- sten. In Hamburg eingelaufene Dampfer haben Baumstämme in der Nähe der westfälischen Inseln und in der Nähe der Doggerbank angetroffen, die in der Richtung der englischen Küste weiterzogen. Dä- nische Zeitungen berichten, daß Holzmassen bei Staf- lagen an der dänischen Küste angeschwemmt sind. Der Verkauf der wertvollen Hölzer beträgt viele Milli- onen Mark.

„**Textilarbeiterausstand in Oberfranken.** Am Montag ist die gesamte Arbeiterschaft der Hamburger Baumwollspinnereien und Webereien in Stärke von 10 Mann wegen Lohnunterschieden in den Ausstand getre- ten. Es ist jetzt mit der Möglichkeit zu rechnen, daß der Ausstand auf die ganze oberfränkische Textil- industrie ausgedehnt wird.

„**Das Eisenbahnunglück bei Contra.** Der beim Eisenbahnunglück bei Contra (Kr. Eschwege) entstandene Materialschaden beträgt schätzungsweise 15 Millionen Mark. Die Unfallstelle ist noch nicht geräumt. Der Verkehr ist noch auf einige Tage gesperrt. Eine Leiche befindet sich noch unter den Trümmern.

„**Strafverurteilung.** Wie das „Memeler Dampfboot“ berichtet, ist dem Geheimrat von Schlenker in Adl. Schlenker, der am 13. September vom Memeler franzö- sischen Kriegsgericht zu zwei Monaten Gefängnis und 1000 Franc Geldstrafe verurteilt worden war, der Rest der Gefängnisstrafe, die er bisher in einer Kaserne verbüßte, erlassen worden. Auf einem Wortwort des kaiserlichen Schlenkers war bekanntlich ein von deutschen Truppen im Herbst 1919 zurückgelassenes Flugzeug gefunden worden.

„**Der erste Tag der Königsberger Messe.** Eine vom Reichsamt herausgegebene Mitteilung über den Verlauf des ersten Messtages besagt: Der Verkehr in der Messehallen und auf den Ausstellungsplätzen war außerordentlich lebhaft, und in allen auf der Messe vertretenen Branchen war festzustellen, daß das Ge- schäft sich gut anließ. Jedenfalls sind die Aussteller mit dem ersten Tage zufrieden gewesen. Ein beson- deres Vorzug der Messe ist die streng durchgeführte Sauberkeitsordnung, die die Uebersicht über die etwa 1700 Aussteller bedeutend erleichtert. Besonders hervorzu- heben ist die Textilbranche und die landwirtschaftliche Maschinenausstellung, an denen die besten und größten Firmen beteiligt sind. Die Zahl der Ein- gänge ist größer, als man vermutet hat. Sie ist am ersten Messtage mit 16 000 zu veranschlagen.

„**Häufung von Neu- und die Zwangsquartierung.** Häufung von Neu- und die Zwangsquartierung, um sein Schloß Osterstein vor weiteren Zwangs- quartierungen zu bewahren, einen Vertrag, wonach bis nächsten Sommer für 1 1/2 Millionen Mark 46 Wohnungen neu gebaut, dafür aber von Zwangsbe- leihungen befreit bleibt.

„**Vertrag an die Entente.** Die Münchener Polizei verurteilte einen 19-jährigen Mechaniker, einen 31-jäh- rigen Fabrikarbeiter und einen 24-jährigen Schlosser, die sich durch verätherische Angaben an die Entente- mission Vermögensvorteile verschaffen wollten. Der Verurteilte erklärte, er habe gehört, daß derartige Mitteilungen bis zu 500 000 Mark er- lohen werden, und habe auch so gut verdienen wollen. „**Schifferskatastrophe in der Schweiz.** Infolge einer Verwirrung ist der Bahnverkehr Bisp-Zermatt gestoppt. Der auf dieser Linie angetroffene Schaden beläuft sich auf Millionen. Alle Holzbrücken im Saas-

Tal sind weggerissen. Im Zermatt-Tal sind die mei- sten Brücken über die Bisp weggeschwemmt. Die tele- phonische Verbindung mit Bern wird voraussichtlich wochenlang unterbrochen bleiben. Die Bispberg- und die Gurta-Bahn haben schwer gelitten.

Kleine Nachrichten.

• Die Hamburger Kriminalpolizei verhaftete den Kupfer- schmied Häußler, der wegen Mordes und schweren Land- friedensbruchs von Halle an der Saale flüchtig ver- folgt wird.

• Auf dem Adenauersteig der Hagalpe (Oesterreich) sind vier Touristen tödlich verunglückt.

• Der Dreimaster „Prinzessin Cäcilie Friedrich“, der früher als Schiffsjungen für die deutsche Handelsmarine benutzt wurde, ist in Dänischen eingeleitet worden. Er war auf eine treibende Mine gestossen.

• Bei der Landungsbrücke von Bassens bei Bordeaux sind durch ein Großfeuer große Tabak-, Bananen- und Ge- treidevorräte vernichtet worden. Der Schaden beläuft sich auf vier Millionen.

Gerichtssaal.

• **60 000 Mark Geldstrafe für Tabakschieber.** Das Bürgergericht in Dortmund sprach eine ganz empfind- liche Strafe wegen verbotenen Großhandels mit Tabak- waren und Steuerhinterziehung aus. Die Angeklagte, Frau Josephine Kögel, hatte monatelang fast täglich 12 000 untersteuerte Zigaretten von Düsseldorf nach Dortmund geschmuggelt, und ihr Ehemann hatte die Ware dann abgesetzt. Der Staatsanwalt beantragte gegen das Ehepaar wegen unerlaubten Großhandels mit Tabakwaren je 10 000 Mark Geldstrafe und drei Monate Gefängnis. Das Bürgergericht ging noch weit darüber hinaus und erkannte auf je 60 000 Mark Geldstrafe und drei Monate Gefängnis.

Volkswirtschaftliches.

• **Berlin, 28. Septbr. (Börse.)** Die Rückwärtsbewe- gung der ausländischen Zahlungsmittel machte heute weitere Fortschritte, und dementsprechend vollzog sich eine Höherbe- wertung des Markkurses. Das Zwanzigmarkstück in Gold wurde mit 250 Mark gefragt und mit 254 Mark ange- boten. Die Sparbrieffiankette schwächte auch auf 88,60 Prozent ab.

• **Berlin, 28. Septbr. (Barenmarkt.)** Mais sofort 182—183, Roggen 18—20, Weizen 18—21, Maschinen- brot 14—15, Hafer 22—23, Weizen 23—25, Getreide 27—30, Kleien 34—35, Weizen 145, Getreide 160, Aders- bohnen 160, Viktoriaerbsen bis 290, kleine Kichererbsen bis 240, Futtererbsen 160, Raps 390—410, Weizen 400, Gerstella neu 100—120, Lupinen neu 85—90, Mohn 390 bis 410, Kartoffeln fort. 28—29 für 50 Kilo ab Ver- ladestation.

Locales.

• **Keine Erhöhung der Waffenablieferungsprä- mien.** Der Reichskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung Dr. Peters gibt bekannt, daß er entgegen umgehenden Gerüchten die für die Abliefe- rung von Waffen ausgesetzten Prämien unter kei- nen Umständen erhöhen wird. Die bisherigen Bestimmun- gen bleiben in allen Einzelheiten bestehen. Es kann deswegen nicht einkindlich genug darauf gewarnt wer- den, aus einer völlig verfehlten Erwartung heraus die Prämien werden erhöht werden, jetzt mit der Ab- lieferung der Waffen zurückzuhalten.

• **Oktobergeschäft und Umzug** bedeuten stets einen erfreulichen Umsatz für das Verkehrsleben, wenn auch heute die Preise noch von mancher sicher häufigen Neu- anschaffung und Reparatur der neuen Wohnung ab- sehen lassen. Der Wohnungsmangel hat auch in diesem Jahre noch nicht behoben werden können, nur vereinzelt ist eine wirkliche Erleichterung eingetreten. Jedoch hat man gelernt, sich mit dem Unvermeidlichen abzufinden, und Streitigkeiten kommen weniger vor.

• **Verammlung.** Am Dienstagabend fand die zweite öffentliche Versammlung im Saale zur Rose statt. Auch der Gemeinderat war der Einladung gefolgt und vollzählig erschienen. Herr Börner leitete wiederum die Verhandlungen in ruhiger sachlicher Weise. Er schilderte den Gang der letzten Verhandlungen und teilte mit, daß auch hinsichtlich des Preises immerhin vonseiten der Bauernschaft Zugeständnisse gemacht worden sind. Der Preis stellt sich hierdurch pro Zentner bei dem Landwirt selbst abgeholt 24 Mk. frei Keller 25 Mk. Preis der Pflichtkartoffeln 25 Mk., dieselben sollen in unserer Ge- meinde verbleiben, Kartoffeln für Kinderbemittelte und bedürftige Kriegserwitwen 15 Mk. Wer noch keinen Land- wirt zur Lieferung veranlaßt hat, soll sich an die Kom- mission wenden, welche für Lieferung Sorge trägt, Herr Volk empfiehlt, die Versammlung möge sich aussprechen und sich mit der namentlichen Preisregulierung einver- standen erklären. Herr Viebig schließt sich diesem Antrag an, und nachdem sich Herr Bürgermeister und Herr Hahn ebenfalls dahingehend geäußert, ergibt die Ab- stimmung, daß die große Mehrheit — allerdings bei Stimmenthaltung — sich mit dem Preis einverstanden erklärt. Sodann regte Herr Volk die Zahlungsweise an. Aus der Versammlung kommen nur wenige Vor- schläge und so stellte Herr Heißner jun. den Antrag, man möge den Punkt: Zahlungsregulierung der Kom- mission überlassen, die mit dem Gemeinderat und der Bauernschaft verhandeln soll. Dieser Antrag wurde an- genommen. So sei noch erwähnt, daß besonders betont wurde, es werden nur ausgelesene Kartoffeln geliefert, mit denen die Konsumenten wohl zufrieden sein werden.

• Die 30. Steiner Zeitung bringt in ihrer letzten Donnerstagsnummer folgende Zeilen, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen, da ähnliche Vorkomm- nisse — wenn auch in anderer Form — auch bei uns vorhanden sind. — Aus Esch wird uns geschrieben: Recht eigenartige Auffassung von Zugehörigkeit zur Sozialde- mokratischen Partei hat hier Herr Adolf Klapper betundet. Er ist einer derjenigen, die durch die Revolution sich pldlich zur Sozialdemokratie hingezogen fühlten, weil sie persönlichen Interessen glaubten dienen zu können. Er zeigte sich sofort als eifriges Parteimitglied und suchte sich das Vertrauen seiner Parteigenossen durch Wahl- tendenspenden zu erwerben. Leider ließen sich seine Ge-

nossen täuschen und wählten ihn in die Gemeindevertretung und schließlich zum Gemeindefürsorge. Der Ehrgeiz Klappers ging aber weiter. Er wollte Bürgermeister werden. Das wurde durchschaut. Er wurde nicht ge- wählt. Darum erklärte er seinen Austritt aus der sozial- demokratischen Partei, angeblich weil ihm der Parteibe- trag zu hoch war. Die Sache ist aber so, Klapper war nie mit dem Herzen bei der sozialdemokratischen Partei, sondern nur um seinen Ehrgeiz zu befriedigen. Klapper hat nun wieder bei der Kreisbauernschaft Unterschlupf gesucht und gefunden und hat schon während seiner Mitgliedschaft zur Sozialdemokratie die Kreis- bauernschaft finanziell unterstützt, doch daraus soll ihm kein Vorwurf gemacht werden, es dient lediglich zur Charakterisierung. Klapper wurde aber als Sozial- demokrat gewählt und hat deshalb jetzt die Pflicht, ein Mandat niederzulegen. Das hat er aber höhnisch abgelehnt. Er muß sich es deshalb gefallen lassen, wenn ihm jetzt der Vorwurf gemacht wird, er habe sein Man- dat erschlichen. Jedenfalls übt er sein Mandat nicht mehr u Recht aus und er genießt nicht mehr das Vertrauen seines Wählers.

• Die Polizeistunde ist nunmehr wieder auf 10 Uhr abends festgesetzt. Die Verordnung bis 11 1/2 Uhr galt nur bis zum 15. September d. Js.

Wetterbericht.

1.—2. Oktober. Strichweise Regen, wechselnde Be- wölkung, wenig Sonnenschein, Wind leicht.

Kath. Kirchengemeinde.

Freitag, den 1. Oktober 1920.

8 Herz-Jesu-Messe mit Segen.

Abends 8 Uhr Rosenkranzandacht.

Bekanntmachungen.

Lebensmittel-Verteilung.

a) Verteilungsware:

125 Gramm Pasterflocken zum Preise von 55 Pfg. auf den Stammabschnitt der Lebensmittelliste.

375 Gramm Zucker zum Preise von 5,60 Mk. auf die am Freitag und Samstag voriger Woche ausgege- bene Zuckerkarte.

b) Verteilungszeit:

Die Verteilung der Waren erfolgt am Freitag und Samstag dieser Woche in sämtlichen Rumbengeschäften.

c) Anmerkungen:

Bei dem Zucker handelt es sich um Auslandsware; er ist daher im Preise höher als der gewöhnliche Monats- zucker. Die Abholung des Zuckers hat bis spätestens am Mittwoch den 6. Oktober zu erfolgen.

Aufforderung.

Diejenigen Einwohner, welche ihre Kartoffeln einfellern wollen und noch keinen Landwirt zur Belieferung haben, wollen sich bis Samstag auf dem hiesigen Bürgermeisteramt bei Herrn Her- born melden.

Betrifft: Anmeldung der fehlenden Grenzsteine!

Da demnächst der Gemarkungsbegang stattfindet, wer- den die Besitzer von Acker- und Wiesen hiermit noch- mals aufgefordert, eventl. fehlende Grenzsteine auf der Bürgermeisterei hieselbst, Zimmer 3, innerhalb 8 Tagen anzumelden.

Bei der Anmeldung ist Angabe des Distrikts, Gemarkung sowie die Nr. des Kartenblatts und der Parzelle er- forderlich.

Morgen Freitag, den 1. Oktober wird mit dem Fegen der Schornsteine in hiesiger Gemeinde begonnen.

Die Gemeinde Birkenfeld hat mit der Entfällung von Kartoffeln begonnen und können die Landwirte solche zum Preise von 25 Mk. von jetzt ab in die Gemeindekeller liefern.

Nach Mitteilung der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilisangene gehen den Hilfsausschüssen noch fortlaufend Anträge auf Gewährung wirtschaftlicher Bei- hilfe von Heimkehrern die bereits seit langer Zeit aus der Gefangenschaft heimgekehrt und aus dem Heeresdienst entlassen sind zu.

Bei der Bearbeitung dieser Anträge entstehen den Hilfsausschüssen in der Bedürftigkeitsfrage insofern Schwierigkeiten, als sich die wirtschaftliche Lage dieser Heimgekehrten, welche bereits seit Monaten wieder im bürgerlichen Leben stehen und einer Beschäftigung nach- gehen, seit dem Tage ihrer Entlassung wesentlich ver- ändert hat. Die Anträge auf Gewährung einer wirt- schaftlichen Beihilfe von bereits Heimgekehrten sind da- her unbedingt bis zum 1. Oktober 1920 der zuständigen Kriegs- und Zivilisangene-Heimkehrstelle einzureichen.

Später eingehende Anträge können nicht berücksichtigt werden, Anträge der jetzt noch aus der Gefangenschaft heimkehrenden ehemaligen Kriegsteilnehmer müssen spä- testens drei Monate nach Entlassung aus dem Heeres- dienste der zuständigen Stelle eingereicht werden.

Die hiesige Gemeinde beabsichtigt, die Ergänzung der Glocken in der Kirche wieder vorzunehmen. Da es ihr aber an den hierzu erforderlichen Mitteln fehlt, beabsichtigt sie dieselben im Wege einer freiwilligen Sammlung aufzubringen.

Es steht deshalb an alle hiesigen Einwohner die herzlichste Bitte, sich an der Aufbringung der zur Ergänzung der Glocken erforderlichen Mitteln beteiligen zu wollen.

Freiwillige Gaben werden durch von der Bürgermeisterei beauftragte Personen entgegengenommen.

Im Hinblick auf die Preissteigerungen für Papier und mit Rücksicht auf die zeitige Geldumwertung hat der Herr Minister des Innern unterm 6. 9. d. Mts. II d 2755 sich damit einverstanden erklärt, daß die Gebühren für die Ausstellung von Radfahrkarten von 50 Pfg. auf 1 M. erhöht werde.

Die Polizeiverordnung über das Radfahren vom 2. 6. 1903 habe ich unterm 4. 7. 1908 veröffentlicht. (Vergl. Schlussatz.)

Wiesbaden, den 27. September 1920.

Der Landrat.

gez. Schlitt.

Ich habe in Erfahrung gebracht, daß auswärtige Händler durch Höchstpreise der Preise größere Mengen von Zwetschen, Äpfeln, Birnen usw. von den Erzeugern zu kaufen suchen. Ich weise darauf hin, daß sich sowohl Händler wie Erzeuger der verbotenen Preistreibern schuldig machen, wenn sie die von den örtlichen Preisprüfungsstellen festgesetzten Großhandels-Nichtpreise, oder falls solche bisher nicht festgesetzt wurden, die lt. meinem Schreiben vom 15. 3. Mts. alsdann für den Landkreis Wiesbaden in Betracht kommenden, von der Preisprüfungsstelle der Stadt Wiesbaden jeweils festgelegten und veröffentlichten Nichtpreise für Großhandel überschreiten.

Ich ersuche diesem Treiben durch die dortigen Polizeiorgane rücksichtslos entgegenzutreten.

Sobald bekannt wird, daß die hiesigen Nichtpreise überschritten worden sind, ist daher die gehandelte Ware zu beschlagnahmen, öffentlich zu den festgesetzten Preisen zu verkaufen, Strafantrag gegen die dringend der übermäßigen Preistreiberei Verdächtigen zu stellen und mit jedesmal davon Mitteilung zu machen. Aber auch soweit auswärtige Händler zu den hiesigen Nichtpreisen einkaufen, ist dieser Handel auf Grund der allgemein gemachten Erfahrungen besonders wegen des vorliegenden Verdachts der übermäßigen Preistreiberei und des Wuchers scharf zu überwachen, weil die auswärtigen Händler häufig zu höheren, als zu den hier geltenden Preisen verkaufen werden, das Obst in den Großstädten und im Industriegebiet zu verkaufen. Auswärtige Händler sind daher durch Anschlag dieser Bestimmung vor dem Gemeindehaus, am Bahnhof und in den Wirtschaften anzuhängen, zunächst in jedem Ort der Ortspolizei ihre Handelserlaubnis vorzulegen, bevor sie den Handel beginnen. Sie haben auch der zuständigen Ortspolizei anzuzeigen, welche Mengen sie gekauft haben, und wohin sie dieselben zum Verkauf schicken. Die Polizei der Empfangsstation ist dann unverzüglich schriftlich über die hiesigen Nichtpreise und die von dem betr. Händler abgeforderte Menge zwecks Preisüberwachung zu benachrichtigen. Weigern sich Händler, die gewünschten Angaben zu machen, so liegt dringender Wucherverdacht vor und es ist wie oben zu verfahren.

Dieser Bekanntmachung ist unverzüglich auf ortsübliche Weise bekannt zu geben. Der Gebrauch der Ortschelle zur privaten Ankündigung der übermäßigen Preisen darf auf keinen Fall geduldet werden.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

Wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Bierstadt, den 29. September 1920.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Am 28. September, 8½ Uhr verschied sanft nach langem schwerem Leiden, mein lieber Mann, Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel

Kaspar Müller.

Im Namen der Hinterbliebenen

Frau Elise Müller,

August Willig u. Frau.

Bierstadt, Offenbach, Bingen, den 28. September 1920.

Die Beerdigung findet Freitag, den 1. Oktober nachmittags 4 Uhr vom Trauerhause Wiesbadenerstraße 2, aus statt.

Gemeinnützige Siedelungsgenossenschaft Ortsgruppe Bierstadt.

Die Mitgliedsbücher können bei dem Kassierer Heinrich Dauster abgeholt werden.

Der Ausschuss.

Fußballsportverein Bierstadt.

Am Freitag den 1. Oktober im Gasthaus zur Stadt Wiesbaden Bes. Karl Klein abends 8 Uhr

Außerordentliche Mitgliederversammlung
Tagesordnung: Eintritt in den Verband: Näheres über Verbandsspiele. Einteilung einer neuen Mannschaft. Verschiedenes.

Am Sonntag den 3. Oktober vormittags 8 Uhr finden auf unserem Sportplatz die üblichen Trainingspiele statt. Es ist unbedingte Notwendigkeit, daß alle Spieler erscheinen da wir in den Verbandsspielen sehr starke Gegner und scharfe Spiele auszutragen haben.

Junge Leute die geformt sind unserem Verein beizutreten, können ihre Anmeldung jeder Zeit in unserem Vereinslokal: „zur Stadt Wiesbaden“ Bes. Karl Klein, oder in der am Freitag den 1. Oktober stattfindenden Mitgliederversammlung, anbringen.

Mit sportlichem Gruß

Der Spielleiter.

3 Läufer- schweine

zu verkaufen.
Bierstadt, Rathhausstr. 12.

Bauernschaft Bierstadt.

Wir laden hiermit unsere Mitglieder zu einer am Samstag den 2. Oktober abends 8½ Uhr im Gasthaus zum Adler stattfindenden

Monatsversammlung

er,ebenst ein. Tagesordnung wird dort bekanntgegeben.
Der Ausschuss der Bauernschaft.



Geflügel-, Vogel- und Kaninchenzucht-Verein, Bierstadt. Begründet 1905.

Wir laden unsere Mitglieder zu der am Sonntag, den 3. Oktober, abends 8 Uhr bei Mitglied Wilhelm Klein stattfindenden

Generalversammlung

höflich an Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung bitten um zahlreiches Erscheinen

Der Vorstand.

Allgemeine Ortskrankenkasse II Bierstadt. Bekanntmachung.

Die Kassenbeiträge sind vom 3. Oktober d. Js. ab auf 7 Hundertstel des Grundlohnes festgesetzt und betragen für die Woche:

beitragen für die Zwölfe:							
Lohnst. 1. tägl. Arbeitsverdienst bis M.	2,—	0,84	M.	Lohnst. 7 tägl. Arbeitsverdienst bis M.	15,—	6,30	M.
" 2 "	4,—	1,68	"	" 8 "	18,—	7,56	"
" 3 "	6,—	2,52	"	" 9 "	21,—	8,82	"
" 4 "	8,—	3,36	"	" 10 "	24,—	10,08	"
" 5 "	10,—	4,20	"	" 11 "	27,—	11,34	"
" 6 "	12,—	5,04	"	" 12 "	über 27,—	12,60	"

Die Kranken- und Familienhilfe ist erweitert

Abdrucke des Satzungsnachtrags 5 mit Uebersichtstabelle sind bei der Geschäftsstelle in Bierstadt zu haben.

Bierstadt, den 25. September 1920.

Der Vorstand.

Gesellschaft Käwern.

Sämtliche Humoristen und Mitglieder, die geneigt sind Vorträge zu machen, werden auf Donnerstag, den 30. September, abends 8 Uhr ins Kaffee Löhn freundlich eingeladen.

Es bittet um zahlreiches Erscheinen

Der Vorsitzende.



Sportklub Athletia Bierstadt Begr. 1904.

Wir machen unsere werthen Mitglieder darauf aufmerksam,

daß wir unser Vereinslokal bei Mitglied Karl Friedrich, Saalbau zum Bären verlegt haben und unsere Übungsstunden vom 5. Oktober ab wieder regelmäßig und pünktlich um 8½ Uhr jeden Dienstag und Freitag stattfinden.

Der Vorstand.



„Gesangverein Frohsinn“

Bierstadt.

Einladung

Der Gesangverein Frohsinn veranstaltet am 3. Oktober im Saal zu Rose eine Gedächtnisfeier zum Andenken an seine im Weltkrieg 1914–1918 gefallenen Sangesbrüder und laden wir hierzu unsere werthen Mitglieder nebst ihren Angehörigen sowie die verehrte Einwohnerschaft von Bierst. ganz ergebenst ein.

Die Feier beginnt um 7 Uhr abends und ist mit dieser Feier gleichzeitig die Enthüllung der Gedenktafel für die gefallenen Sänge verbunden.

Der Vorstand.



Ziegenzucht-Verein

Bierstadt:

Weidegang

kann dieses Jahr nicht stattfinden, da mehrere notwendige Landwirte Ihre Erlaubnis verweigert haben.

Wir werden in der nächsten Versammlung den Mitgliedern die Namen bekanntgeben.

Der Vorstand.



Männer-Gesang-Verein

Bierstadt (Begründet 1883)

Samstag, den 2. Oktober, abends 8½ Uhr im Gasthaus zur Stadt Wiesbaden

Vergnügungs-Ausschuß-Sitzung.

Wegen sehr wichtiger Tagesordnung wird um pünktliches und vollzähliges Erscheinen gebeten.

Der Vorsitzende.

Infolge weiterer Teuerung aller Bedürfnisse sehen sich die hiesigen Friseur genötigt, die Preise für Bedienung ab 1. Oktober wie folgt festzusetzen:

Haarschneiden Scherenschnitt	2.— M.
" Maschinenschnitt	1.50 "
Rasieren	0.75 "
Bartschneiden breit	1.50 "
" spitz	1.— "
Schnurrbartschneiden	0.25 "
Kinderhaarschnitt Wirbel lang	2.— "
" halblang	1.50 "
" Maschinenschnitt	0.75 "

W. Dieffenbach.

S. Bühl.

J. Sternberger.

W. Wölflinger.

Herrenhüte und Mützen

in verschiedenen Qualitäten und Farben v. Fabr. Lager billigst abzugeben.

A. Graulich, Wiesbaden. Erbacher-Strasse 3, P.

Trauringe

Dukatengold 900 gestempelt	
18 kar. Gold 750	
14 kar. Gold 585	
8 kar. Gold 333 gestempelt von 30.— an	

Enorme Auswahl stets am Lager.

Bok, Kirchgasse 70
gegenüber Maurhause
Wiesbaden.